

Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 16.02.2017

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

Bedarfsumfrage Kindertagesstätte 2016 und weitere Entwicklung

Nachdem im vergangenen Jahr von Elternseite eine Anpassung der Betreuungszeiten an den Bedarf der Familien beantragt worden war, wurde im Spätherbst 2016 eine Elternumfrage zur Kinderbetreuungssituation in der Gemeinde gestartet, deren Ergebnis nun dem Ratsrund vorgestellt und erläutert wurde.

Die Beteiligung an der Umfrage war erfreulicherweise mit 60,5 % sehr hoch. 119 Familien wurden angeschrieben, 72 Umfragebögen kamen zurück. Als Ergebnis kann folgendes festgestellt werden: Zum überwiegenden Teil arbeiten beide Elternteile (62,5 %), ein Großteil der Mütter, die derzeit nicht arbeiten, planen einen Wiedereinstieg in den Beruf und sind daher auf eine verlässliche Betreuung angewiesen. Dies ist eine deutliche Veränderung im Vergleich zu früheren Jahren. Die Hauptbetreuung muss in der Kindertagesstätte stattfinden, nachdem die Betreuung durch die Familie nicht möglich ist. Großer Bedarf besteht bei der Angleichung der Abholzeiten, zudem wird ein gleiches Angebot an warmem Mittagessen für die Krippengruppen (U3) und Kindergartengruppen (Ü3) gefordert. Der Wunsch nach einer längeren Betreuung in den Gruppen mit verlängerter Öffnungszeit (VÖ Gruppen, Betreuung bislang 7-13 Uhr) wurde deutlich – und zwar bis 14 Uhr und der Möglichkeit der Teilnahme am Mittagessen.

Zudem wurde festgestellt, dass die Nachmittagsbetreuung in der Regelgruppe mit Betreuung am Vor- und Nachmittag nicht mehr so nachgefragt wird. Der Wunsch nach weiteren Ganztagesbetreuungsplätzen wurde klar formuliert. Wichtig wird es sein, ein tragfähiges Gesamtkonzept zu entwickeln, das den Bedarf für einen Großteil der Eltern abdeckt aber auch das Wohlergehen der Kinder und die Machbarkeit durch das Mitarbeiterteam berücksichtigt. Innerhalb des Gemeinderat besteht eine Arbeitsgruppe Kindergarten, der je ein Mitglied jeder Wählergruppierung, die Kindergartenleitung und der Träger angehört. Die AG hat sich wiederholt und sehr umfangreich mit dem Ergebnis der Umfrage beschäftigt und Wege gesucht, wie die Einrichtung bedarfsgerechter mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gestaltet werden kann. Um dabei eine gute Lösung zu finden, wurde die Unterstützung durch die Kindergartenfachberatung sowie den Evangelischen Landesverband Tageseinrichtungen für Kinder eingeholt. Von dieser Seite wurde klar hervorgehoben, dass der Wunsch nach einer Ausweitung der Öffnungszeit besteht. Dies erfordert innerhalb der Einrichtung eine hohe Flexibilität, die teilweise schwer umsetzbar ist. Die Basis für die weitere Entwicklung müsse sein: Was wollen wir bieten und was tut den Kindern gut? Es gibt einige Einrichtungen im Landkreis mit sehr vielen Betreuungsmodulen, was für die Personalplanung sehr schwierig ist. Wichtig bei der Kinderbetreuung ist die Stabilität. Viele Einrichtungen mit einem großen Angebot fahren derzeit ihre Zeiten wieder zurück, weil diese nicht mehr bewältigbar sind und nur noch verwaltet wird, wodurch die eigentliche Tätigkeit – die Arbeit mit den Kindern zu kurz kommt. Der Bedarf der Eltern nach weiteren Betreuungszeiten sollte berücksichtigt werden aber dabei bedacht werden, was sinnvoll und machbar ist. Von der Fachkraft des Ev. Landesverbandes wurde betont, dass nur noch wenige Einrichtungen Regelgruppen mit geteilten Betreuungszeiten am Vor- und Nachmittag führen. Diese Gruppe sollte in eine VÖ-Gruppe überführt werden, mit dem langfristigen Ziel, sie in eine Ganztagesgruppe zu überleiten. Der

Wunsch der Eltern nach ganz großer Flexibilität ist nicht einfach lösbar. Es könne nicht alles angeboten werden, sondern nur Machbares. Vorgeschlagen wurde, die VÖ-Gruppen mit einer Öffnungszeit von 7-14 Uhr zu führen mit einem Essensangebot. Eventuell benötigen dann einige Eltern keinen Ganztagesplatz mehr. Nach wie vor könnten Kinder dann in der Zeit 7-13 Uhr in den Gruppen betreut werden. Für die Stunde Mehrbetreuung fallen zusätzliche Kosten an. Diese Änderung in den Gruppen erfordert eine Änderung bei der Betriebserlaubnis, die bei Erfüllung der Rahmenbedingungen durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) erteilt wird.

Sehr ausführlich wurde die weitere Entwicklung im Ratsrund diskutiert und betont, dass in der Arbeitsgruppe bei einem guten Miteinander eine tragbare Lösung erarbeitet wurde. Durch die Umwandlung der Regelgruppe in eine VÖ-Gruppe entfallen lediglich 3 Kindergartenplätze, was vertretbar sei und aufgrund der aktuellen Kinderzahlen verkraftet werden könne. Zudem können die Kinder von dann 3 VÖ-Gruppen in ihrer Gruppe bleiben und müssen die Gruppen nicht wechseln. Das ausgearbeitete Konzept wurde für gut bewertet. In einem weiteren Schritt soll an die Umsetzung zum neuen Kindergartenjahr gegangen werden, um die Entwicklung voranzutreiben. Durch die Abstimmung der Öffnungszeiten miteinander und den Abholkorridoren wird die Abholsituation für die Eltern verbessert. Bedauert wurde von Kindergartenleiterin Annette Niethammer die Arbeitsverträge mit 41 Stunden/Woche, obwohl der Tarifvertrag 39 Stunden vorgibt. Der Gemeinderat hat im Jahr 2005 die Arbeitszeit der Beschäftigten an die Wochenarbeitszeit der Beamten angepasst. Wichtig sei aufgrund des Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt gute Bedingungen für die Mitarbeiter/-innen zu schaffen, damit auch künftig gutes Personal gewonnen werden kann. Dies durch die Gewerbesteuererhöhung wie von einer Wählergruppierung angeregt mit zu finanzieren, wurde im Ratsrund nicht begrüßt. Allerdings und darin waren sich die Räte einig, sei die Kinderbetreuung ein wichtiger Standortfaktor. In der Vergangenheit hat der Gemeinderat viel Geld für die Kinderbetreuung im Kindergarten und der Schule investiert. Betont wurde, dass der Kindergarten personell gut aufgestellt ist, die Rahmenbedingungen und das pädagogische Konzept ausgeweitet werden, wobei eine totale Flexibilität nicht möglich ist. Die Bedürfnisse der Eltern werden ernst genommen, wobei auch die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigt werden sollten. Die Zielformulierung der Arbeitsgruppe Kindergarten wurde durch den Gemeinderat wie folgt beschlossen:

- Ausdehnung der VÖ-Gruppen mit Betreuungszeit 7-14 Uhr mit Mittagessen und kostenpflichtigem Zuschlag,
- Umwandlung der Regelgruppe in eine weitere VÖ-Gruppe (kurzfristiges Ziel zum neuen Kindergartenjahr), Schaffung einer 2. Ganztagesgruppe bei Umbau/Neubau oder Sanierung der Alten Schule (langfristiges Ziel).
- Antrag auf Änderung der Betriebserlaubnis beim KVJS
- Festlegung der Betreuungszeiten für einen bestimmten Zeitraum (Halbjahr).

Frageviertelstunde

Bei der Frageviertelstunde wurde angeregt, den Elternbeirat in die Arbeitsgruppe Kiga einzubeziehen im Zuge eines offenen Konzeptes. BM Link erwiderte, dass dies im Kindergarten so nach außen vermittelt und das Ergebnis offen kommuniziert wurde. Der Elternbeirat hat das Umfrageergebnis bereits im Vorfeld wie der Gemeinderat erhalten.

Bebauungsplan „Gewerbegebiet Raubis, 3. Erweiterung“ - Örtliche Bauvorschriften zum Bauungsplan – Behandlung der eingegangenen Anregungen - Satzungsbeschluss

Der Gemeinderat hat im November 2016 den Entwurf für die Bauungsplanerweiterung gebilligt. Die Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit wurden beteiligt. Die abgegebenen Stellungnahmen zum Bauungsplan und den Bauvorschriften wurden dem Gremium zur Kenntnis gegeben und zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Gemeinderat hat den Bauungsplan nun nach Abwägung einstimmig als Satzung beschlossen.

Bausachen

Das Einvernehmen der Gemeinde wurde zu folgenden Bauanträgen erteilt:

- Errichtung einer Dachgaube, Schelmahdstr. 48
- Erdauffüllungen der Grundstücke 2112 (Unterer Rain) und 2415 (Raubis).

Modernisierung der Lüftungsanlage in der Gemeindehalle

Nach 40-jähriger Betriebsdauer ist die Regelungstechnik der Lüftungsanlage in der Gemeindehalle veraltet, so dass eine Modernisierung erforderlich wird. Die bisherige Technik muss per Hand gesteuert und je nach Veranstaltung angepasst werden. Mit einem neuen Schaltschrank und moderner Regelungstechnik ist dies künftig einfacher zu bedienen und übersichtlicher. Zudem steuert eine modernere Anlage viele Funktionen selbständig. Nachdem der TÜV die Regeltechnik in den vergangenen Jahren mehrfach beanstandet hat, hat der Gemeinderat nun die Modernisierung der Anlage beschlossen und den Auftrag mit 20.825 € an die Firma Kakalik aus Zell u. A. vergeben.

Neuverpachtung des gemeinschaftlichen Jagdbezirkes

Der bisherige Jagdpachtvertrag endet Ende März 2017. Der bisherige Jagdpächter hat signalisiert, dass er die Pacht nicht mehr verlängern möchte. Im April 2015 ist das neue Jagd- und Wildtiermanagementgesetz in Kraft getreten, das das bisherige Jagdgesetz ersetzt. Danach muss bei einer Neuvergabe der Jagd eine Jagdgesnossenschaftsversammlung einberufen werden. Hierfür ist die Erstellung eines Verzeichnisses aller Mitglieder der Jagdgenossenschaft erforderlich. Nachdem das Staatliche Vermessungsamt die Daten erst im Februar 2017 bereitstellen kann und die Verwaltung dann die Adressen der Jagdgenossen überprüfen und ggfs. korrigieren muss, ist mehr Zeit erforderlich. Zudem ist eine neue Jagdgenossenschaftssatzung zu erarbeiten. Eine Einberufung der Jagdgenossenschaft vor Beginn des neuen Jagdjahres ist zeitlich nicht mehr möglich. Daher soll mit dem bisherigen Jagdpächter der bestehende Jagdpachtvertrag um ein Jahr verlängert werden, um die formal erforderlichen Schritte in der Zwischenzeit erledigen zu können. Vom Gemeinderat wurde dieser Vorgehensweise zugestimmt.

Bekanntgaben

1. Die Zulassungsstelle beim Landratsamt hat der Gemeinde die Fahrzeugzahlen zum 31.12.2016 übermittelt. Auf die Gemeindeeinwohner sind danach insgesamt 3.181 Fahrzeuge zugelassen, davon 2.221 Pkws, 128 Lkws und 284 Motorräder.
2. Zur Infoveranstaltung des AK-Asyl am 2. März um 19 Uhr im Saal des Feuerwehrhauses wird eingeladen.

Verschiedenes

1. Im Zuge der Haushaltsberatungen war aus der Mitte des Gemeinderats beantragt worden, den Skateplatz zentraler im Ort auf dem Schulgelände anzusiedeln. Die Schulleitung und das Lehrerkollegium haben sich klar gegen die Standortverlegung ausgesprochen, nachdem dann weitere Störungen befürchtet werden. Derzeit gibt es eine Gruppe Jugendlicher, die leider viel beschädigt und für viel Unruhe sorgt. Durch den Skateplatz beim Schulgelände werden weitere Störungen befürchtet.
2. Es wurde aus der Mitte des Gremiums angeregt, bei Veröffentlichungen zum Thema Hundekot auch darauf hinzuweisen, dass dieser auch nicht auf landwirtschaftlichen Flächen hinterlassen werden darf.